

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-73171](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-73171)

Der Arbeiterländer

(Herausgeber Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Jede das Vierteljahr durch die Post bei uns bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Die Postanfragen und Bandbestellungen nehmen Befehlungen entgegen. Anzeigengebühr für die einseitige Zeile (ober oder unter) für Auftraggeber aus dem Reichsgebiet 80 Pf., für außerhalb des Reichsgebietes wohnende 35 Pf. Anzeigen kosten 1 Mk. die Zeile. Anzeigen-Nachnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher eingegeben. Die Rückgabe unersandter Briefe wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mahnungen eingezogen werden müssen. — Rückpostkosten der Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 167.

Wetterstede, Sonntag den 20 Juli 1919

59. Jahrgang

Landarbeitersfreit.

Aber Mangel an Abwechslung haben wir uns wirklich nicht zu beklagen im neuen Deutschland. Raum ist der Verkehrsfreie in der Reichshauptstadt besetzt, dessen Notwendigkeit selbst beim besten Willen nicht einzusehen war, da beginnen sich die Nachrichten über Landarbeitersfreit zu häufen, und wir geraten in eine Verlegenheit hinein, die für uns, trotz allem, was die letzten Wochen und Monate uns gebracht haben, immerhin noch den Reiz der Neuheit besitzt. Das es so etwas überhaupt noch gibt, wußten wir immer nur aus Ställen, dessen wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit sich besonders an den Landarbeitern in hohem Maße veranschaulicht, bis diese zur Selbsthilfe triffen und durch Organisationen auf eigene Faust die Verhältnisse ihrer Lage in der Hand zu geben. Aber darüber hinaus suchte man den Übergang in die neuen Verhältnisse rechtzeitig zu ordnen und zu erleichtern. Schon Ausgang des Jahres wurde eine Arbeitsordnung für das Land erlassen, die zwischen den beiderseitigen Organisationen vereinbart war und den modernen Arbeitsforderungen sowie Rechnung trug, als es die Besonderheit der landwirtschaftlichen Verhältnisse nur irgendwie zuließ. Natürlich blieb für die Erweiterung der Angehörigen an die Arbeiter in diesem oder jenem Punkte im Wege der freien Vereinbarung der nötige Spielraum bestehen, aber die Arbeitspflicht wurde doch mit starkem Nachdruck betont und namentlich für die Erntezeit gebührend unterstrichen. Jetzt sind wir so weit, daß die Probe auf die Erntegewinnlichkeit der Revolution gemacht werden soll — und siehe da, auch hier scheint uns ein überaus bedauerliches Mißgeschick bevorzustehen.

In Weißdeutschland fing es an. In der Bielefelder Gegend begann es sich im Frühjahrsanfang auf dem Lande zu regen; die Arbeit wurde eingestellt, wieder aufgenommen, abermals niedergelegt, und noch jetzt stehen dort 4000 Mann im Ausstand mit der Forderung nach Erhöhung der Löhne, ohne daß es gelingen will, eine Einigung herbeizuführen. Wöhrden Umstand hat die Bewegung dagegen bereits in Bonn angenommen. Auch hier handelt es sich um Lohnforderungen, die mitten in der Erntearbeit erhoben wurden; in Verbindung damit scheint fernerhin auch eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangt zu werden, obwohl bindende Tarifverträge vorliegen, deren Revision naturgemäß erst für die nächstjährige Arbeitsperiode in Frage kommen kann. Aber wer hat den Tagelohn-Geld zu warten, bis er frei geworden ist von Verpflichtungen? Heute muß alles schnell gehen, namentlich wenn es sich um Erfüllung von Forderungen handelt — während man seine eigenen Leistungen feierlich versichert oder verneint, gleichviel wie groß der Schaden sein mag, der dadurch der Allgemeinheit verbracht wird. Auch aus Bonn wird über rückständige Arbeiterfreit berichtet, durch den die ruhigeren Zeiten der Arbeit zum Anfang an die Bewegung gezogen wird; es sind eben jetzt genügend rückständige Arbeiter auf das Land verpflanzt worden, um auch dort die neuen, „revolutionären“ Methoden in Übung zu bringen. Was bleibt den Behörden übrig, als den Verlagerungsanstand über die bedrohten Gegenden zu verhängen, um diejenigen, die arbeiten wollen, in ihrer Freiheit zu schränken? Aber natürlich, auch darauf folgt die nachdrückliche zwingende geordnete Antwort der Arbeiter: Generalstreik. In Stettin, in Stralsund ruht jede Arbeit, auch die lebenswichtigen Betriebe, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sind zum Stillstand gebracht worden, und wenn das Glück gut ist, wird das Bürgerium mit Gegenfreit antworten, um der Bewegung die Zeit auf diese Weise rauber den Hals zu brechen. Es ist also wieder einmal alles in schiffbrüchiger Unordnung, was man zu sagen pflegt, und die arme Regierung, die ohnehin vor Verlegenheiten kaum noch weiß, wo ihr der Kopf steht, muß zusehen, wie auch dieser Brandherd gelöscht werden kann, von dem aus sich unermessliches Unglück über das Land hin zu verbreiten droht.

Es kommt in Deutschland, wie es nach den Novemberereignissen kommen mußte. Wird es, wenn wir erst die ganze Revolution überstanden haben, noch einmal besser werden in der Heimat von Ruhe und Ordnung, deren wir uns früher zu erfreuen hatten?

Bürgerstreik in Stettin.

Verhandlungen mit den Landarbeitern.

Stettin, 17. Juli.

Der Bürgerstreik zur Abwehr des Generalstreiks der Arbeiter hat heute begonnen. Die meisten Läden, auch die Lebensmittelgeschäfte und Kantoren sind geschlossen, ebenso sämtliche Apotheken und die Volksschulen. Auch die

Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt.

Arzte verweigern die Hilfestellung. Das Elektrizitätswerk ist in Betrieb, dagegen gibt es weder Gas noch Leuchtgas. Die Straßensperrungen waren mittags bereits meist leer.

Bis in die Mittagsstunden ist der Eisenbahnverkehr nicht wesentlich gestört worden. Auch die Polizeibeamten zum Dienst. Inzwischen ruht der Dampferverkehr nach den Seebädern, da die Streikenden erklären, daß sie die Abfahrt der Dampfer mit Gewalt verhindern würden. Auch in Stralsund hält der Bürgerstreik noch an, während er in Greifswald auf 24 Stunden verhängen wurde, weil man das Ergebnis der Stettiner Einigungsverhandlungen abwarten will.

Auf dem Wege zum Vergleich.

Aus Stralsund waren Vertreter des Magistrats, der Bürgerchaft und der Arbeiter in Berlin eingetroffen, um die Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern. Sie haben sich mit den Regierungskommissaren Dr. Wager und Knapinski nach Stettin begeben, wo heute unter Teilnahme von Vertretern aller Gruppen Einigungsverhandlungen stattfinden sollen. Man hofft noch heute eine Lösung zu finden, die alle Teile befriedigt und den pommerischen Landarbeitersfreit beendet.

Mit russischem Gelde.

Wie von ausländischer Seite erklärt wird, sind in letzter Zeit vielfach russische Agenten in Pommern aufgetaucht, die keine Mittel scheuen, um heftig und aufreizend auf die Landbevölkerung einzuwirken. Demelben Zwecke diene auch ein falsches Flugblatt, das massenhaft auf dem Lande verbreitet worden ist und den Bauern vor weiß was verpaid.

Der 21. Juli!

Demonstrationen oder Generalstreik?

Berlin, 17. Juli.

Für den 21. Juli ist bekanntlich von den Sozialisten in Frankreich, England und Italien als Protest gegen den Entente-Imperialismus ein 24stündiger Generalstreik beschlossen worden. Diesen Gedanken griffen die Unabhängigen in Deutschland gleich auf und fordereten ihrerseits für den gleichen Tag zu Demonstrationen auf unter der Firma „Friedensfeier“. In seiner getrigen Abwägung belämpfte der Vorwärts diesen Plan und sprach sich gegen die Beteiligung des deutschen Proletariats an diesen Demonstrationen der Entente-Sozialisten aus. Aber Nacharbeitete sich aber die Haltung der Mehrheitssozialisten und der Parteivorstand fordert nun gleichfalls zu Demonstrationen am 21. Juli auf gegen „das Treiben der Reaktionäre“ und gegen die „falschpropädische Politik der Unabhängigen und Kommunisten“. Ob es sich bei all dem lediglich um Demonstrationen eines Teiles der Arbeiter oder auch um einen 24stündigen Generalstreik handelt, ist nicht klar erkennbar. Möglicherweise wird das eine die Folge des anderen sein.

Die Unabhängigen einst und jetzt!

Eine Erklärung der Regierung.

Berlin, 17. Juli.

Von ausländischer Regierungseite wird auf folgenden Hintergrund:

Im Hinblick auf die zurzeit im Gang befindlichen Lohnbewegungen dürfte es interessant sein, eine Verfügung der preussischen Regierung vom 2. Januar 1919, also aus der Zeit, in der die Vertreter der U. E. S. D. in preussischen Kabinett saßen, in Erinnerung zu bringen. In dieser Verfügung heißt es:

Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung genommen, die die schwersten Verhängnisse erweckt und weite Gebiete der Volksernährung zum Erliegen bringen muß. Die belagerten Städte, der unermessliche Hunger davon kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weber Verabau und Eisenbahnen noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gezielten Bekämpfung der Staatsernährung, dem Anmarsch der Lohnbewegungen über das Maß des Erträglichen hinaus mit Selbst zu entgegentreten.

Im Hinblick darauf ist auch auf die Ausführungen des unabhängigen Stadtverordneten Rubeit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 12. Juli hinzuweisen. Rubeit führte als Berichtshalter bei der Behandlung der Neuordnung der Vergütungssätze für die Kammerhilfskräfte und auf Frage der Zahlung einer Entschädigungssumme an Beamte und Gehilfenstellte aus, daß mit der regellosen Bewilligung von Zulagen an einzelne Beamtenkategorien Schluß gemacht werden müsse. Sobald nämlich eine Beamtenkategorie eine Zulage erhalte, ginge bei den übrigen die Forderung nach einer gleichen Zulage los. Beamte und Hilfskräfte müssen auch bedenken, daß ein großer Teil unserer Mitbürger, die weit ärmeren Schichten, durch Steuern die Mittel aufbringen müssen, die jetzt in Gehalt

der Erhöhung der Gehälter sowohl wie der Entschädigungssummen, Steuerzulagen und übrigen Zulagen ihnen zugewendet werden.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung.

Vorsorge für die Staatsbediensteten.

Berlin, 17. Juli.

In der preussischen Landesversammlung gab Minister Deder eine eingehende Darstellung darüber, wie die Versorgung eine geordnete Lebenshaltung ihrer Beamten und zu ermöglichen sucht. So beabsichtigt die Regierung auch die Preise für Kleidung und Schuhe zu lenken durch Freigabe der sehr beträchtlichen Bestände des Reiches und Staates. Auch die Einfuhr solcher Sachen soll gefördert werden.

Den selbstbedienten Kreisen, soweit sie im Dienste des Staates stehen, soll weiter dadurch geholfen werden, daß auch nach erfolgter Senkung der Preise für die hauptsächlichsten Bedarfsartikel die Teuerungszulagen in der bisherigen Höhe noch eine Beilagen weitergezahlt werden, soweit staatliche Mittel von der Landesverwaltung dafür zur Verfügung gestellt werden. Die durch die Weitergemährung der jetzigen Teuerungszulage beabsichtigte große Entschädigungsaktion der preussischen Staatsregierung wird wesentlich dazu beitragen, daß der für den Staatskörper wichtige Mittelstand, soweit es zurzeit möglich ist, gestärkt wird. Nach Mitteilung aus Weimar ist die Reichsregierung bereit, sich dem Vorgehen anzuschließen.

• Austritt der Mehrheitssozialisten und Demokraten aus dem Berliner Volksrat. Die Mehrheitssozialisten und Demokraten sind aus dem Groß-Berliner Volksrat ausgetreten, worüber folgende Erklärung abgegeben haben: Die aus der Revolution heraus geborenen Arbeiterräte hatten politische Kompetenzen, solange Parolen, auf demokratischer Grundlage gewährt, nicht vorhanden waren. Der Volksrat von Groß-Berlin hat es nicht verhindern können oder wollen, daß die Volksversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte fast ausschließlich zum Zweck der niedrigeren politischen Demagogie und niedrigeren Diktandismus gemacht worden ist. Als dann und nichtswürdig müßten wir es bezeichnen, wenn unteren Vertretern im Volksrat von Vertretern der anderen Richtungen persönliche, politisches Spielzeug unterstellt wird. Unter diesen Umständen sind wir gezwungen, jedes weitere gemeinschaftliche Zusammenarbeiten in den Volksversammlungen und im Volksrat abzulehnen.

• Polnische Wirtschaft! In der Stadt Polen scheint bereits das Eingreifen zu sein, was man gemeinhin „Polnische Wirtschaft“ nennt. Die Ministerialverwaltung der jetzigen Stadtverordneten-Versammlung geht sogar der politischen Presse über die Schutzhülle. Jetzt erlassen die hiesigen polnischen Zeitungen eine Erklärung, daß sie den Stadtverordnetenversammlungen gegenüber fortan freieren würden; die Tonart, in der verhandelt werde, sei so persönlich und unparlamentarisch, der Mangel an Sachlichkeit zu ersehend, das Tempo so schleppend, die Beilegungen gegen die Presse so freundschaftlich, das gesamte Niveau so niedrig, daß jede Verleumdung weiterhin abzuheben sei. Die beiden deutschen Blätter haben sich dem Streit angeschlossen.

Polnische Verhältnisse.

Preßlau. In der Nähe von Karschau-Mamisch wurde eine deutsche Sicherungs-Partoutille unter Führung des Prinzen von Sagan von polnischen Soldaten aus dem Schutzbereich überfallen und getötet. Die Leiche des Prinzen wurde verunreinigt, der Brustkasten mit einem Bol eingeklagen, der Schädel zertrümmert und die große Leiche des rechten Fußes abgetrennt. Mund und Augen waren voller Sand. Sämtliche Leichen, vier an der Zahl, wurden beiseite. Durch herbeigeeilte Verpfändungen konnten nur noch die Leichen geborgen werden.

Die künftigen Eisenbahnerlöhne.

Berlin. Die Denkschrift über die Eisenbahnerlöhne in seitens des preussischen Staatsministeriums der Landesversammlung vorgegangen und wird voraussichtlich noch vor der Vertagung zur Verhandlung kommen.

Clemenceau will seine Nase!

Paris. Clemenceaus Vertreter verhielt sich im Kammernrat nachmals, daß Frankreich unbedingt auf der Unterstützung und Befestigung des deutschen Reiches und der deutschen Generale um. bestehen werde.

Aufhebung der Verleumdungssperre am Rhein.

Paris. Im Kammeransatz erklärte Minister Pichon, daß die bisherigen Verleumdungssperren zwischen dem linken und rechten Rheinufer mit dem 30. Juli aufgehoben werden würden.

Polnische Milliardenkredite für den deutschen Handel.

London. Der „Manchester Guardian“ berichtet, daß die englische Regierung einen Kredit von ein bis zwei Milliarden Schilling für Einkäufe in Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Wie verlautet, verlangt die Entente in Kürze die Auslieferung des Leutnants Simon, der seinerzeit, wie berichtet, die Verbrennung der französischen Fahnen vor dem Drümler des Allen Brig Unter den Linden veranlaßte.

Langsing droht mit Rücktritt.

Protest gegen die Arbeit der Friedenskonferenz.
Paris, 16. Juli.

Aus den dem Staatssekretär Langsing nachstehenden Kreisen wird ohne Umschweife erklärt, daß Langsings Wunsch, als Staatssekretär zurückzutreten, dadurch veranlaßt wird, daß er sich über die Arbeit der Friedenskonferenz entäußert fühlt. Er stellt sich in dieser Hinsicht auf den gleichen Standpunkt wie General Smuts. Er ist weiterhin unaufrichtig, daß Oberst Douie und Wilson wiederholt Entscheidungen getroffen haben, die der Entscheidung Langsings entgegenstehen hätten.

• Gegen der Heimat. Bei einem aus China heimkehrenden Trupp deutscher Zivilgefangener wurde auf dem Bahnhof in Halle festgestellt, daß, während auf ihrer Reise tausend Kilometer langen Reise zu Land und zu Wasser in Feindesland die Gefangenen unverletzt geblieben waren, fünf Frauen und vier Männern sämtliche Reisekörbe und Koffer auf der Fahrt von Weisel nach Halle ausgeplündert waren.

• Wiederaufbau der Landwirtschaft. In einer Denkschrift über den Wiederaufbau der Landwirtschaft i. d. ersten Hälfte des Jahres 1919, die er, abgesehen von Brot und Fleisch, den freien Handel wieder herstellen will. Die übrigen Kriegsgesellschaften sollen so schnell wie möglich aufgelöst werden. Somit, erklärt der Minister, könne er die Verantwortung nicht länger übernehmen. Nach der Berechnung des Ministers ist die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung derart gesunken, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Verluste zu bedauern ist, daß die Ausfuhr sowie der schon früher notwendigen Nahrungs- und Düngemittelbedarf im ganzen 47 Milliarden Mark jährlich ausgegeben werden müssen, um den Zustand der Ernährung zu erreichen, der vor dem Kriege bestanden hat. Das sei natürlich vollkommen unerträglich und unmöglich.

• Die Nationalisierung des Petroleums. Der Minister für Handel und Gewerbe hat angeordnet, daß die Verteilung von Petroleum für Kleinbeheizungsbedürfnisse solange den kommunalen Behörden überlassen bleiben soll, bis festgestellt, daß genügend Leuchtöl zur Deckung von mindestens 50% des Bedarfs für den nächsten Winter vorhanden ist oder mit Sicherheit eingeführt werden wird. Um außerdem für die Wintermonate eine genügende Menge Leuchtöl anzusammeln, ist die Abgabe von Petroleum für Leuchtzwecke, wie im Vorjahr, bis zum 31. August verboten. Nur die Deckung des öffentlichen und gewerblichen Bedarfs, einschließlich des Bedarfs der Landwirtschaft, bleibt, wie im Vorjahr, unberührt.

• Neue 50-Pfennig-Silber. Es ist beabsichtigt, neue gezeichnete 50-Pfennig-Silber auszugeben, um dem immer stärker werdenden Mangel an solchen Kleinmünzen abzuhelfen, die an Stelle des jetzt fast nur noch Papiergeldes treten können. Die Metallmischung oder das Metall — es kommen namentlich Aluminium, Zinn oder auch Kupfer als Mischung in Betracht — steht noch nicht fest, ebenso wenig die Ausführung der neuen Münzen; die Ausprägung wird aber jedenfalls nicht in Silber erfolgen. Es dürfte ein größerer Kosten solcher Geldstücke in Auftrag gegeben werden, der sich auf mehrere Millionen beläuft. — Der Verkauf der einzelnigen 50-Mark-Scheine mit grauem Rand ist zunächst für die Scheine zu erwarten, die das Datum „20. Oktober 1918“ tragen.

• Freier Postverkehr mit Amerika. Der amerikanische Generalpostmeister gibt bekannt, daß der Postdienst zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland fortan ohne jegliche Beschränkung wieder aufgenommen wird. Die für alle Teile Deutschlands bestimmten Briefe sollen auf der gleichen Grundlage wie die Postkarten der anderen Länder des internationalen Postvereins angenommen und befördert werden. Über Holland, Dänemark und Norwegen wird eine direkte Schiffsverbindung zur Beförderung der Post eingerichtet.

• Wien. Demberger Blätter berichten, daß die polnischen Kruppen Larnopol genommen hätten.

Seid gegrüßt!

Nun habt ihr überwunden
Und seid uns wieder nah,
Von Munde geh's zu Mund:
Sie haben heimgefunden.
Die Brüder, sie sind da!
Wie sprachen wir in Sorgen:
O Herze, sei nicht zag,
Es kommt, es kommt ein Morgen.
Dann sind auch sie geborgen.
Wie sehnten wir den Tag!
Wie bangten wir, zu retten
Das heilige Wunderblut
Aus Kerken und aus Ketten
Und sorglich auch zu betten
In Heimatdorf und -hut.
So ruht an unserm Herde,
Der auch der eure ist,
Auf daß die deutsche Erde
Euch wieder fräulich werde,
Die euch so lang' gemißt.
Liegt auch das Land zerissen
In schwerem Eisenhoh,
Zerissen und zerpfiffen
An tausend Winterfriesen —
Es ist die Heimat doch!
Helft neu sie wieder bauen,
Auf daß nach Witz und Wahn,
Nach Gräbern, Graus und Grauer
Wir endlich mögen schauen
Ein neues Ranaan.
Ein Schwur soll es befehlen:
Die ihr um und gebüßt,
Wir helfen eure Wunden.
Die Schwären und die Schanden —
In Treuen seid gegrüßt!

Zeitgemäße Betrachtungen.

„Wir hoffen.“

Es hat ein widriges Gesicht — das deutsche Volk betroffen — Und dennoch heben wir den Blick — Empor mit stillen Hoffen. — Die Hoffnung soll in tiefstem Leid — Uns stärken und beleben. — Der Glaube an die bessere Zeit — Muß neue Kraft uns geben. —

Gedrehte Arbeit führt bergan, — daß sie empor uns raffe, — Straff deine Arme, deutscher Mann, — Und rühre dich und schaffe! — Ein schwerer Sturm hat dich umtost — Und schlug dir tiefe Wunden, — Doch Arbeit ist der beste Trost — In diesen schweren Stunden. —

Muß jedermann zu seinem Heil — der Arbeit Wert erkennen — Dann wandelt sich ins Gegenteil — Was wir jetzt Unheil nennen. — Durch treue Arbeit hoffen wir, — Wird unser Los entschieden. — Denn Arbeit ist des Bürgers Zier — die Wohlfahrt bringt und Frieden. —

Der Frieden ist ratifiziert, — er macht uns viel Beiderde — Wir hoffen, daß er renitiert — Und bald verbessert werde! — Dann löst der Wälder (bund) Frühlingstag — die Härten ab die schroffen, — Daß dieser Wandel kommen mag — wir wollen gern es hoffen. —

Zu Ende ist der Wälder (bund) — Nun fiel auch die Blockade — Bald zählt wohl zur Vergangenheit — die Zeit der Marmelade. — Zu lange war die Hungertur — die zu bestehen wir hatten — Und jeder Deutsche tadelt nur, — daß noch wie ein Schatten! —

Es hatte jeder, den man sah — sein Teilchen „abgenommen“, — Nun werden von Amerika — Wir unser Teil bekommen. — Wir hoffen, daß wir wieder satt — Uns essen bald und trinken — Und daß der Wucher wird schwach matt, — indem die Preise sinken. —

Wir hoffen, daß die Zeit vorbei — die wir erlebt in Bangen, — Nun gibt man auch die Armen frei, — die jetzt noch „kriegsgefangen“. — Sie haben in dem Feuerbrand — gestanden und gestritten — Und haben für das Vaterland — geduldet und gelitten. —

Bald werden wir sie wiedersehen, — die einst hinausgegangen, — Dann laßt die alte Fahnen wehen — zu herzlichem Empfangen, — Daß sich nun alles wenden mag, — die Hoffnung führt uns weiter — Und wenn auch nicht mit einem Schlag — Doch nach und nach.

(Nachdruck verboten)

Ernst Heiter.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Beslerfede, den 19. Juli 1919.

• Wetterausfichten für Sonntag den 20. Juli: Fortdauer des warmen, trockenen, zu Gewitter neigenden Wetters.

• In der verflochtenen Nacht sind Herrn Rechnungsführer Franklin hier aus seinem Zuhälterstall 3 junge Gänse gestohlen worden. Der Dieb ist erkannt.

• Die Versorgungsabteilung des Bezirkskommandos 2 Oldenburg macht alle diejenigen Renteneinnehmer, denen die Kriegs- oder Verwundungsausgaben oder beide Zulagen kapitalisiert sind, darauf aufmerksam, daß diese Beträge im Januar ds. Js. bei der einmaligen doppelten Auszahlung der Renten nicht berücksichtigt sind.

Die Beteiligten werden daher aufgefordert, unverzüglich der Versorgungsabteilung einen Antrag auf Nachzahlung einzureichen.

Zu den vom 1. 6. 19 ab bewilligten 40 Prozent Teuerungszulagen sind die kapitalisierten Zulagen ebenfalls nicht berücksichtigt. Diese Nachzahlung ist bereits von der Versorgungsabteilung veranlaßt. Hierzu bedarf es also keines besonderen Antrages mehr.

• (Oldenburger Bismarck-Verein. Nach vierjähriger Ruhe hielt der Oldenburger Bismarck-Verein am Sonnabend den 21. Juni wieder eine Ausschussversammlung ab, die vom stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Eisenbahnpräsidenten Mogenbecker, geleitet wurde. Der langjährige frühere Vorsitzende, Herr Geh. Regierungsrat Rabben ist in den Ruhestand übergetreten und nach Oldenburg verzogen. Da der Sitz des Vereins Delmenhorst ist, legte er seinen Vorsitz nieder. Vom Schatzmeister, Herrn Stadtbaumeister Kühn, wurde die geprüfte Rechnung vorgelegt und der Kassenbestand wurde mit 16524,27 Mark zum 1. Januar 1919 festgestellt und dem Schatzmeister Entlastung erteilt. In den Ausschuss gewählt wurden u. a. aus der hiesigen Gegend die Herren Direktor Heinen-Zwischenhahn und Hauptlehrer Ohlenbusch-Ohlolt. Der Ausschuss steht einmütig auf dem Standpunkt, die Arbeit trotz der schweren Zeit fortzusetzen, unter Aufrechterhaltung seines Zieles, und das Geld fester zu stellen. Die Werbetätigkeit soll zunächst noch ruhen, und von der Einziehung der Beiträge für dieses Jahr noch abgesehen werden.

Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Er besteht aus den Herren: Direktor Lehmtuhl-Delmenhorst, 1. Vorsitzender, Präsident Mogenbecker-Oldenburg, 2. Vorsitzender, Direktor Gerde-Delmenhorst, Schriftführer, Stadtbaumeister Kühn-Delmenhorst, Schatzmeister und als Beisitzer: Geh. Regierungsrat Rabben-Oldenburg, Gemeindevorsteher Brauer-Berne und Gutsbesitzer Grashorn-Bootholzberg.

• (2) Einsetzung eines Landarbeiter-Ausschusses bei der Landwirtschaftskammer. Es besteht die Absicht, künftig bei der demnächst erfolgenden Neugestaltung der Landwirtschaftskammer in ihr den Landarbeitern eine entsprechende Vertretung zu schaffen. Bis zur endgültigen Regelung dieser Angelegenheit hat die Landwirtschaftskammer beschließen, einen Landarbeitersauschuss einzusetzen, dem die Bearbeitung von allen die Landarbeiter betreffenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen zugewiesen

werden soll, insbesondere Fragen des Lohn- und Arbeitsvertrags, des Tarifwesens, der Beschaffung von Arbeitskräften, der Arbeitsvermittlung, des Lehrlingswesens, des Wohnungswesens, der Wohnungsaufsicht, der Frauensfürsorge, der Wohlfahrtsfürsorge, des Siedlungswesens usw. Daneben würde sich der Ausschuss mit Fragen der Wirtschaftspolitik, der Renteinziehung und des Ob- und Gemeinbaues zu befassen haben. Die Wahl der Arbeiter für diesen Ausschuss soll durch die Amts-Bauern- und Landarbeiter-Räte erfolgen, welche im August eine öffentliche Wahl ausgeschrieben werden. Jedes Amt hat einen Vertreter der Landarbeiter zu wählen, nur die Amtsbezirke Wexha und Cloppenburg je zwei. Wahlberechtigt ist jeder, der sich als ein im Amtsbezirk anjüngiger landwirtschaftlicher Arbeiter ausweisen kann oder als solcher bekannt ist. Als landwirtschaftliche Arbeiter gelten solche, die hauptsächlich in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gärtnerei als Lohnarbeiter tätig sind. — Diese Neuordnung ist auf Antrag des Landesverbandes Oldenburger Landarbeiter (Gruppe des Landbaus) erfolgt und wird später wahrscheinlich ihre gezielte Bestätigung finden. Nach dem Eintritt der Landarbeiter in die Organisation der Landwirtschaftskammer werden durch sie alle Kreise der in der Landwirtschaft hauptsächlich tätigen Personen vertreten werden.

• Gruenerfolge auf urbar gemachtem Odland. Die Kleinrenten, untere landwirtschaftliche Produktion zu steigern, um von der Einfuhr aus dem Ausland weniger abhängig zu werden, dürfte uns anstehen, die begonnene Urbarmachung von wüstem Land fortzusetzen. Wie groß die Ausbeuten sind, die sich hier eröffnen, zeigt ein von der Deutschen landwirtschaftlichen Presse mitgeteilter Bericht aus Holland, wo es, besonders in der Nähe der belgischen und deutschen Grenze, noch viel Odland gibt. Ein Landwirt hat Heideboden urbar gemacht und Roggen und Kartoffeln angebaut. Das Land wurde mit 1500 Kilogramm Düngestoff, 1000 Kilogramm Kalk und ebenso viel Thomashumus pro Hektar gedüngt, dann mit Aunien beäet und, nachdem diese untergegriffen waren, von neuem mit künstlichen Düngemitteln gedüngt. Darauf wurde Roggen einget. Der Ertrag war 85 % Korn in der Gesamternte, während der Landwirt daneben auf altem Roggenland unter genau den gleichen Umständen nur 30 % erntete. Die geernteten Kartoffeln zeigten sich durch Wohlgeschmack und Gesundheit aus, was sich aus der Abwesenheit von allerlei Schädlingen in dem unerschlossenen Boden erklärt.

• Lebensbedingungen im Freien. Die lebhafteste Plage regemäßig Lebensbedingungen im Freien von Jugend auf ist nicht nur ein Mangel für die Festigung der Gesundheit und ein einfacher Weg zur Mähmung, sondern auch ein mächtiges Kampfmittel gegen die Lasterheile. Ist diese Körpererziehung und Übung in dem schulpflichtigen Alter bis zum vierzehnten Jahre von ungeheurer Wichtigkeit, so ist sie nach viel wichtiger für die spätere Zeit von 14 bis zu 19 Jahren. Viele für die Entwicklung der Jugend notwendigen Jahre werden von den höheren Schulen intensiv in Anspruch genommen. Gerade diese Zeit ist aber grundlegend für die Vollständigkeit des Körpers und für die Widerstandsfähigkeit des Geistes gegen Krankheiten oder Art. gegen die Lasterheile. In diesem Lebensalter ganz besonders muß durch ausreichende Bewegung im Freien Kraft und Lunge gestärkt und in ihrer Entwicklung gefördert werden. Wenn auch in dieser Lebensperiode nicht von viele junge Leute an der Schwindelsticht sterben, so tritt doch gerade direkt nach dieser Zeit ein gewaltiges Ansteigen der Todesfälle an dieser furchtbaren Krankheit ein; bei dem meist chronischen Verlauf der Lasterheile muß der Krankheitsanfang und die Ursache der Krankheit sehr häufig in den übermäßigen, einseitig geistigen Anstrengungen in den höheren Schulen, bei ungelungener Luft und bei schlechter Körperpflege, gesucht werden. Es ist vorwiegend die Sache der Eltern, für die Körperpflege der Kinder zu sorgen, die Schule mit ihren wenigen Turn- und Spielstunden ist dazu keineswegs hinreichend imstande. Schule und Elternhaus müssen auch hier einmütig zusammenarbeiten. Zu einem geistlichen Zusammenwirken ist aber eine engere Fühlung, als bisher vorhanden war, dringend notwendig.

• Apen. Zum Rechnungsführer der Landkrankenkasse, Sektion Apen, wurde für den auscheidenden Herrn Fr. Janßen in Apen der Gemeindevorsteher Herr Otto Janßen dabeist wiedergewählt. — Hier ist vor kurzem eine Agentur der Oldenburgerischen Spar- und Leihbank eingerichtet worden. Agent ist Herr Gastwirt Behrens.

• Apen. Wie in den anderen Gemeinden herrscht auch in der unigen ein großer Wohnungsmangel. Es ist leider Tatsache, daß zum 1. Mai oder November eine ganze Reihe Familien obdachlos werden. Nach einer Verfügung des Staatsministeriums können Mieter nicht zur Annahme der Kündigung gezwungen werden, wenn sie sich erfolglos um eine neue Wohnung bemüht haben. Leider gibt es aber auch eine ganze Menge von Familien, die sich diese Verordnung zu gute kommen lassen und sich einfach überhaupt nicht mehr auf die Wohnungssuche begeben.

• Dengsförde. Die Warsteiner Gruben- und Hüttenwerke in Augustfehn errichten auf dem hier gelegenen Grundstück ein der Neuzeit entsprechendes Arbeiterhaus. Der mit dem Bau beauftragte Bauunternehmer Herr Johann Möhlmann in Bofel hat bereits mit der Arbeit begonnen.

• my Augustfehn. Der Arbeiter Georg Freudenthal, Nordenham, verkaufte die 1. 31. von den Erben des verstorbenen Friedrich Waldeh hier erworbene Immobilienbesitzung an die Ehefrau des Schlossers Gustav Wähtersmann in Bofel. Der Kaufmann Wilhelm Orth, hier verkaufte sein zu Augustfehn Stahlwert gelegenes Kolonat mit dem darauf befindlichen Geschäftshaus für 42000 Mk.

• (b) Oldenburg, 18. Juli. In den letzten Wochen sind sowohl von Mitgliedern des Ministeriums, wie auch von Seiten der Stadt wiederholt Schritte unternommen worden, um den Großherzog zu bewegen, den vom Lande

lage genehmigten Vertrag wegen Zahlung einer Entschädigungssumme und Ueberlassung der Gemäldegalerie an den Staat anzunehmen. Der Großherzog hat sich aber stets ablehnend verhalten und jetzt rundweg erklärt, daß er jede weitere Erörterung über diese Sache für überflüssig halte und Besuche deshalb nicht mehr empfangen will. Die Gemälde sind schon teilweise eingepackt und kommen in nächster Zeit nach auswärts zum Verland. Es bestand die Pflicht, die Gemäldegalerie im alten Schloß unterzubringen. Dieser Plan mußte jetzt aufgegeben werden. Dafür wird hier aber das Kunstgewerbemuseum Aufnahme finden und durch Gemäldesammlungen ergänzt werden. — Der langjährige Leiter der städtischen Verteilungsstelle, Kaufmann Leopold Haslo, legte sein Amt nieder und beabsichtigte, von hier fortzugehen und sein hiesiges Geschäft zu verkaufen. Dadurch sind in der Stadt verschiedene Gerüchte über „Schiedungen“ und „Unregelmäßigkeiten“ entstanden. Nach unseren zuverlässigen Erkundigungen entbehren diese Gerüchte jeglicher tatsächlichen Grundlage. Haslo legte sein Amt nur nieder wegen geringfügiger Meinungsverschiedenheit mit dem Wirtschaftsausschuß. Von verschiedenen Seiten ist man jetzt bemüht, ihn zu bewegen, sein Amt wieder zu übernehmen. Die ordnungsmäßige Verteilung der Lebensmittel erleidet in der Stadt keinen Abbruch.

— **Rothensahn** bei Jechringhau. Von einem herben Mißgeschick betroffen wurde die Familie des Landmanns D. hier, indem der 18jährige Haussohn mit seinen Pferden, die er zur Weide brachte, verunglückte. Das eine Pferd stürzte beim schnellen Trab am Wege und riß das andere, auf dem der Junge saß, mit sich. Dieser kam unter die Pferde zu liegen, die ihm den Brustkasten eindrückten. Der junge Mann schleppte sich noch mit Mühe nach Hause, verschied aber noch, bevor ärztliche Hilfe zur Stelle war. (Gem.)

— **Wilhelmshaven.** Am vergangenen Mittwoch wurde hier vor dem Schwurgericht unter Vorsitz des Landgerichtsrats Hajemann aus Aurich den Kommunisten:

Lehrer Jörn, geb. 1893 in Hannover als Sohn eines Redakteurs, Seemann Weiland, geb. 1895 in Barbel, Parteisekretär Schneider, geb. 1885 in Königsberg und Torpedoschwermann Bod, geb. 1887 in Hollenau, der Prozeß gemacht wegen Hochverrat, begangen in Wilhelmshaven am 27. Januar durch das Bestreben, gewaltam ein Stück Land aus Preußen loszureißen und unter eine andere Regierung zu bringen. Nach Feststellung der Personalien sprach Jörn zunächst über seine politischen Anschauungen. Beim Vernehmen stellte sich heraus, daß er im Januar, nachdem er vorher wiederholt unter dem falschen Namen Horn Einlaß ins Festungsgebiet gefunden, mit dem Vertreter der Räteregierung und besonders mit dem Präsidenten Kuhn eine Unterredung amlich hatte über die Auslösung der kommunistischen Räteregierung in Wilhelmshaven, zu der Kuhn sein Einverständnis erklärte. Weiter berichtete Jörn über den Bantraub am 27. Januar. Morgens habe er zuerst 50 000 Mark, einige Stunden danach noch 7 Millionen, darunter 2 Mill. in Gold, bei der Reichsbank erhoben, einmal, um die Soldaten zu entlohnen, und zu verlegen, dann aber besonders, damit nicht, wie es i. J. in Bremen geschah, durch Kündigung des Kredits durch die Bankiers das Ende der Räteregierung herbeigeführt werden könnte. Auch sollte diese Maßnahme das Ausführen von Geld aus Wilhelmshaven verhindern. An eine Vereinerung wollen weder er noch seine politischen Freunde dabei gedacht haben. Nachdem in der Nachmittagsitzung die Kommunisten mit den Unabhängigen Kuhn Rückgabe des Geldes an die Reichsbank forderte, hätte er nach Jögern am späten Abend dies auch ausgeführt, über den Verbleib der fehlenden 400 000 Mark vermöge er jedoch keine Auskunft zu geben. — Die Verhandlungen, zu denen im ganzen 130 Zeugen geladen sind, werden voraussichtlich eine Woche dauern.

— (b) **Leer.** Auf dem hiesigen Bahnhof ereignete sich Mittwochabend ein betrübender Unglücksfall. Der der Station Emden zugeteilte Ausfallschaffner Heinrich

Spieler aus Steenfelde, ein Mann von 24 Jahren, geriet beim Ausrangieren eines Güterzuges unter die Räder, wobei er sehr schwere Verletzungen davontrug. Nach Anlegung eines Notverbandes sollte er in das Krankenhaus geschafft werden, doch starb er bereits unterwegs.

— **Berlin, 18. Juli.** Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat in den Verfaller Verhandlungen über den Wiederaufbau Frankreichs der französische Vorsitzende der Kommission, Loucheur, erklärt, daß im Gegenatz zu Meldungen der französischen Presse, die französische Regierung die Frage der Kriegsgefangenenauflösung nicht mit der des Wiederaufbaues verknüpft. Es sei also nicht zu befürchten, daß die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen von der Gesteuerung der deutschen Arbeiter abhängig gemacht werde.

Aus dem Leserkreise. Eingefandt.

Wir erlauben uns, an den Herrn Gasmeister das dringende Ersuchen zu richten, die Sperrzeiten für Gas nicht zu weit auszuweiten. Es hat sich hier im Orte zwar bei vielen Gelegenheiten das sogenannte „atademische Viertel“ eingebürgert. Wir möchten aber doch bitten, dies nicht auch bei der Gasanstalt in Geltung zu bringen, insbesondere aber nicht dies Viertel noch fast auf eine halbe Stunde auszudehnen, wie es gestern abend geschehen ist. Die Turnmuh zeigte nämlich bereits auf 25 Minuten nach 7 Uhr, als endlich der Gasbahn die „Puste“ wieder bekam. Im Gewerbebetrieb sowohl als auch im Haushalt hat man sich notgedrungen auf die von der Gasanstalt angeordneten Sperrzeiten eingerichtet, da kann man doch auch wohl erwarten, daß diese von der Gasanstalt pünktlich eingehalten werden. **Einer für viele.**

Für die Redaktion verantwortlich Karl Eilers in Westerstede, Druck und Verlag von Eberhard Ries in Westerstede.

Amtliche Bekanntmachungen.

Amts-vorstand. Westerstede, den 17. Juli 1919.
Wegen Ausbesserungsarbeiten an der Seinhahn zwischen Kilometer 2,4 und 3,5 der Amtschauße von Apen nach Buchlande ist der Verkehr auf dieser Strecke vom 18. d. Mts. ab bis weiter erschwert.
J. B.: Wilms.

Amts-vorstand. Westerstede, den 18. Juli 1919.
Auf Abschnitte 38 und 39 der Lebensmittelliste A wird vom 21. d. M. an je 1 Pfund ausländisches Weizenmehl zum Preise von 85 Pfg. verkauft in den Geschäften von

Hoff, Strothoff, Richards, Baumann, Renten, J. R. Meyer, Drieling, Ahlrichs, Holes, Diekmann, Kiehlhieser, Deeken, Schneider und Steinfeld in Westerstede, Einfeld in Westerlo, Dagekamp in Jhaufen, Stubben Nachf. (Schwengels) in Halsbet, Witte Hobbie, Daholt;

Wich, Koppinga, Eibtmann, Rippen, Haschagen, Bruns jr., Eplers, Pieperjohannsen, J. Fischer und Otten in Jwischenahn, Bienenmann und Nüßl in Kaihsaufen, Schneider in Alshausen;

D. Meyer, S. Meyer, Deering, Tebbe u. Orth in Apen, W. Orth, Struß, Willems, Vellage, Leonhards, Subrands, Siebs und Konsumverein in Augustfehn, Reil in Nordloh, Meins in Godensholt;

Hinrichs, Wächter, Snoel, Orth, Setje in Edewecht, Wilms in Osterfeden, Fried in Klein-Scharrel, Breichs in Jeddeloh 2.

Die Kaufleute werden ersucht, die leeren Säcke möglichst bald an die Sackstelle des Amtsverbandes (Witte Hinrichs hier) zurückzugeben.

J. B.: Dr. Kabeeling.

Amt Westerstede. Westerstede, den 16. Juli 1919.

Die Jagd

auf folgenden staatlichen Flächen:

1. dem Einsweger Moor,
2. dem Scholler, Hauweler und Godensholter Moor,
3. dem Moor östlich des Moosmoorsdammes und dem Halsbeter Moor,
4. dem Hochmoor der Bauerschaften Kaihsaufen, Etern, Speden,
5. dem Heller Moor,
6. dem Garnholter Moor,
7. dem Alshausener Hochmoor

soll am

Mittwoch, 23. d. M., vorm. 10 Uhr auf dem Amden nochmals zur Verpachtung auf 3 oder 6 Jahre aufgelegt werden.

J. B.: Dr. Kabeeling.

Eine gebrauchte
Schreibmaschine
zu verkaufen.
Gerhard Sandstedt,
Zwischenahn.

Beste
Sechswochenferkel
hat abzugeben.
Joh. Harm-Dierks,
Edewecht.

Verpachtung.

Hausmann Chr. Ahrens in Halstrup läßt
Donnerstag den 31. Juli, nachm. 5 Uhr,
in Buhr's Wirtschaft zu Halstrup die Herbst d. J. aus der Pacht fallenden

Bau- und Wiesenländereien,

ferner 10 Sch. C. Bauland auf dem Hüllsteden
Eich und eine Fläche Bauland „Wallbrot“
bei Theilens Hauje,
auf mehrere Jahre öffentlich meistbietend verpachten.
Westerstede **G. Koch, Aukt.**

Immobil-Verkauf.

Landmann Friedr. Thien in Moorborg läßt
Freitag den 1. August, nachm. 4 Uhr,
in Willers Galtshauje zu Moorborg seine daselbst
nahe der Chaussee belegene

Landstelle,

bestehend aus dem gut erhaltenen Wohn- und
Wirtschaftsgebäude und 40 Sch. S. Garten,
Bau- und Weideländereien,
mit Zutritt auf Mai n. bezw. der Ländereien Herbst
d. J. zum zweiten Male öffentlich meistbietend zum
Verkauf aussetzen.

Bei irgend hinfänglichem Gebot kann in diesem
Termine der Zuschlag erfolgen.
Westerstede **G. Koch, Aukt.**

Immobil-Verkauf.

Zwischenahn. Der Hausmann H. Stullen
beabsichtigt von seiner zu Schwwege belegenen Haus-
mannstelle folgende

Grundstücke

zu verkaufen:

1. die Wiese „Göhlen“, groß 5 Hektar 12 Ar 36 Quadratmeter, gutes Kuhheu liefernd,
2. das „Wöstenpfand“, groß 54 Ar 86 Quadratmeter, befest. Weideland,
3. das Buchgrundstück im Vieh, groß 1 Hektar 45 Ar 60 Quadratmeter, vorzüglich zu einer Bauhülle geeignet,

und wollen Kaufgeneigte baldmöglichst mit dem Unter-
zeichneten in Unterhandlung treten, der jede Auskunft
unentgeltlich erteilt.
J. H. Hinrichs.

Kaufe gegen sofortige Kasse

Eichen- u. Buchen-Brennholz,

gehackte u. ungehackte Siefert-Rollen.
Heinz Goldschmidt,
Hamburg 31, Osterstraße 172/174.
Norddeutsche Brennstoffverwertung.
Telefon: Sultan 8882. Telegr.-Adr.: Holzgoldschmidt.

Immobil-Verkauf.

Edewecht. Zum öffentlich meistbietenden Ver-
kaufe der
Grundheuerstelle

des welf. Joh. Gerh. zu Jeddeloh in Jeddeloh 1
ist dritter und letzter Verkaufstermin anberaumt auf
Mittwoch den 30. Juli ds. Js.,
nachm. 4 Uhr,
in Bunjes Galtshauje in Jeddeloh 1.

Kaufliebhaber werden mit dem Bemerken ein-
geladen, daß in diesem Termine der Zuschlag auf
das Höchstgebot erfolgen wird.
Meinrenken, Aukt.

Zu verkaufen eine

Schärfre

Stute,

billig, fehlerfrei.

H. Schröder.

Zwischenahn.

Zu verkaufen eine

prima beste

Milchkuh,

ein Federwagen mit

Pudentachsen, sowie 10 beste

led. **Pferdegeschirre.**

R. Janßen.

Zwischenahn.

Zu kaufen gesucht beste

offiziel. Schafe

und Lämmer.

Abnahme jede Woche.

R. Janßen, Tel. 229.

Ein Posten

Rhabarber

zu verkaufen.

Frau Hayunga,

Kaihsauserfeld

Zu verkaufen ein gu

erhaltener

Jagdswagen.

Näheres bei

Meinrenken, Aukt.

Edewecht.

Zu verkaufen meine

noch fast neue

Biehwage,

Tragkraft 1000 Kilogr

H. Janßen, Eggelege.

Der Känfiedieb

aus vergangener Nacht ist
erkannt. Seine Beute war
der Beträger.

Bis heute Nacht wird
die Rückführung erwartet,
sonst wird morgen (Sonntag)
die Verhaftung erfolgen
Westerstede. Frankten.

Folgende Gegenstände:

- 1 Kleiderkranz, 1 Ed. forte, 1 Rochfessel, 75 ltr. faßend, 1 Rartoffelkuecher, Bilder, Stühle, sowie einige Gartengerätschaften sind zu verkaufen.

Frau Marie Risch,

Auquikfehn.

Brennholz

in allen Größen und Abmessungen
fallen nur nach Gemacht frei Baggan
Verhandlungen gegen der

Fisser & v. Doornum

Emden/Diir.

Frauen

Hilfe

Ringe Frauen gebrauchen bei
Störungen u. Störungen der monat-
lichen Verläufe mein wirksames
Mittel u. meiden sich vertrauensvoll
an **H. Masuhr, Hamburg,**

Altonaerstr. 20 a part.
Zellen Sie mir mit, wie lange Sie
zu klagen haben.

Wir suchen noch

Arbeiter und

Arbeiterinnen

f. J. Rabben-Alshausen.

Meldungen an

Landesarbeitsnachweis

Zwischenahn.

Friska Automat

ein- und zwei-
pferdig,

Mähmaschinen und

Getreide-Ablage

somit **Lager Leer**

vom

verfügbar. Nur noch wenige

Stück vorrätig; sofortige

Bestellung erbeten. Preis

3. T. unter Verbandsliste,

da frühzeitig eingekauft.

Leer. J. L. Schmidt

Viehhsalz

empfehl

Wich. Grünjes, Halsbet.

Schleppharken,

Holzsharken,

Senfensäume,

Senfensstreicher,

Senfensfeine,

Senfen

empfehl billigst

She Baumann.

Sogen. Wiener

Stühle u. Gessell

3. T. mit Rohrsitzen,

wiederrum einige Sendungen

eingelaufen, da voraus-

erst in ca. 2 Jahren Stuhl-

rohr in genügend Mengen

vorrätig sein wird, ist mit

einem Preisrückgang nicht

zu rechnen u. ist sofortige

Bestellung zu empfehlen.

Leer. J. L. Schmidt

Abf. Möbel.

la.

Matjesheringe

empfehl

Iko Baumann.

Zwischenahn. H. Jaspers zu Kistrupersfeld läßt am
Sonnabend den 26. Juli d. J.,
nachmittags 6 Uhr,
plm. 3 Scheffelsaat Kartoffeln
meistbietend verkaufen und sodann

plm. 12 Scheffels. Bauland
mit Antritt nach der diesjährigen Akerntung auf mehrere
Jahre verpachten.
Biethaber ladet ein **J. H. Hinrichs.**

Zwischenahn. Unter meiner Nachweisung
steht eine zu Rathhausen belegene
Landstelle,
bestehend aus 2 fast neuen Wohnhäusern
und etwa 36 Sch. S. Bändereien,
mit Antritt zum 1. November d. J. unter günstigen
Bedingungen zum Verkauf.
Kaufinteressenten wollen sich ehestens bei dem Unter-
zeichneten melden. **J. H. Hinrichs**

Bei Sielachten und Kommunalgemeinden kann
ich auf sofort oder Herbst d. J.
3-400000 Mark
unterbringen. Günstige Bedingung. Gute und sichere
Siedlung. **H. Schmidt, Großenmeer.**

Immobil-Verkauf.
Zwischenahn. Die zu Zwischenahn unweit
des Sees sehr günstig belegene
Wirtschaft „Zum grünen Hof“
gelangt infolge beantragter Zwangsversteigerung am
Donnerstag den 31. Juli, vorm. 10 Uhr,
im Gerichtszimmer Abt. 1 zu Westerstede zum Verkauf.
Diese zum Verkauf kommende Befigung besteht
aus dem Wohnhause, Tanzsaal, Stall und Regel-
bahn, sowie einem 6 Scheffelsaat großen Lust
und Gemüsegarten; auch etwa 18 Scheffels. guten Aker-
ländereien. Es ist das Versammlungslokal mehrerer
Vereine und ein beliebtes Ausflugslokal.
Einem tüchtigen Wirt wird hier eine sichere
Brotstelle geboten. Weitere Auskunft wird von dem
unterzeichneten Zwangsverwalter jederzeit erteilt.
J. H. Hinrichs, Rechnungsführer.

Verkaufe
sämtliche Sommer-Hüte
zu und unter Einkaufspreisen, um schnell damit
zu räumen, da es mir für eintreffende Winterhüte
an Platz mangelt.
Johanne Fortmann,
Putzgeschäft, Apen i. D.

Gardinen,
Glores in eleganter
Ausführung
Bücherhülle,
Leppiche,
Matten
empfiehlt
Valk
Westerstede.

Sprechstunden für
Zahnleidende:
9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr.
Sonntags auf Wunsch.

Carl Meyer
Dentist,
Zwischenahn, am Brink
Hauptstr. 11.
Anfertigen und Umarbeiten
künstl. Zahnersatzstücke.
Spezialität: Kronen und
Brückenarbeiten, sowie
plattenloser Zahnersatz,
Zusatzgüsse, Plombierungen,
Zahnziehen mit örtlicher
Betäubung.
Ehrendenst. B. handlung.

Ich kaufe jede Menge
Johannisbeeren, rot u. schwarz,
Stachelbeeren, Himbeeren
... und anderes Obst. ...
Ablieferung auch an meine Annahmestellen in
Dänikhorst bei Gastwirt Theilken,
Ekern " " Krüger,
Elmendorf " " zur Loye,
Ohrwege " " Brunken,
Rostrup " " Grambart.
Johann Eilers,
Zwischenahnerfeld

Es trofen ein:
Anzug- und Kostüm-Stoffe,
Anzüge und Buchskin-Hosen
sowie vieles andere mehr.
So lange der Vorrat reicht, billig!
Augustfehn. Hinr. Stapelfeld

Turn-Verein Westerstede
Am Montag den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentliche
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Beratung über einen Zusammen-
schluß mit dem hies. Sportverein, 2. Besprechung über
das Verbandsfest, 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
der Turnrat.

Anna Stamer
Otto Gerdes-Röben
Verlobte.
Edewecht, z. St. Hüllstede.
20. Juli 1919.

Ihre Vermählung geben hiermit
bekannt
Willy Golling u. Frau,
Elisabeth geb. Fortmann.
Westerstede, den 18. Juli 1919.

Lorcholt, 18. Juli 1919.
Heute nachmittags 2 1/2 Uhr entließ sanft
und ruhig nach langem, schwerem Leiden im
Krankenhaus zu Westerstede meine innigst-
geliebte Frau, unsere herzensgute Mutter,
Schwester, Schwägerin und Tante
Anna Sophie Schröder
geb. Siem
in ihrem 48. Lebensjahre. Dies bringen
tiefbetrübt zur Anzeige
Gerhard Schröder nebst Kindern
und Angehörigen.
Die Beerdigung findet statt am Dienstag
den 23. d. M., nachmittags 1 1/2 Uhr, auf
dem Friedhofe in Westerstede.

75jährige Jubiläums-Feier
des
Westersteder Schützen-Vereins
am
Sonntag den 27. und Montag den 28. Juli 1919.

Festprogramm:
Am Tage vor dem Feste, nachmittags 3 Uhr, **Kranzbinden** seitens der jungen Damen.
Abends 7 1/2 Uhr versammeln sich die Schützen auf dem Schützenplatze. Dasselbst musikalische
Unterhaltung.

Am 1. Festtage:
Morgens 7 Uhr Wöllerschüsse.
Nach dem Gottesdienste **Konzert** auf dem
Marktplatze.
Nachmittags 1 1/2 Uhr Anreiten der Schützen
auf dem Marktplatze und **Empfang**
auswärtiger Gäste dafelbst.
Um 2 Uhr Abmarsch nach dem Festplatze.
Nach Antritt dafelbst **Festrede**, —
Konzert im Schützenzelt, **Volks-**
belustigungen, sowie Beginn des
Schießens.

Am 2. Festtage:
Morgens 8 Uhr Anreiten der Schützen auf
dem Marktplatze. Um 8 1/2 Uhr Abmarsch
durch den Ort nach dem Festplatze.
Königs- und Prämienschießen bis
11 1/2 Uhr
Um 12 Uhr **Proklamation d. Königs.**
Nachdem Einmarsch in den Ort.
Nachmittags 2 1/2 Uhr **Beginn des**
Schießens.
Um 4 Uhr **Kinderball** im Schützenzelt.
Volksbelustigungen wie am 1.
Festtage.

An beiden Festtagen in dem schön geschmückten Festzelt:

Grosser Ball.

Schießplan:
Stand 1 und 2: 100 Meter aufgelegt, Prämienskonkurrenzschieße für Mitglieder des Wester-
steder Schützenvereins ohne Schießcharge, Einsatz 1 Mk.
Stand 3: Freischieße, 175 Meter freihändig, Einsatz 6 Mk.
Stand 4: 175 Meter freihändig, Geldkonkurrenz, Einsatz 2 Mk. Der erste Preis wird mit
60 Mark garantiert.
Stand 5 und 6: Prämienskonkurrenzschieße, 175 Meter aufgelegt, Einsatz 2 Mark. Der erste
Preis wird mit 100 Mark garantiert.
Stand 7: Punktschieße, 175 Meter freihändig, 10 Schuß 2 Mk. Jeder geschossene Punkt
wird mit 20 Pfg. bezahlt.
Für das beste Gesamtergebnis (höchste Ringzahl) ist vom Westersteder Schützenverein
eine Medaille gestiftet.
Der Westersteder Schützenverein ladet zu seiner 75jährigen Jubelfeier die verehrlichen
Mitglieder, die geehrten auswärtigen Schützenbrüder, sowie die Mitbürger und Freunde solcher
Feste ergebenst ein.
Der Vorstand.
30 Pfg. kostet das jedesmalige Betreten des Festplatzes für Erwachsene.
Uniformierte Schützen und Kinder sind frei.

Empfiehlt:
Mädchen-, Knaben- und Herren-Gliefel.
Finke,
Schuhwaren, Kühlenstraße.

Fahrraddecken
u. **Fahrradschläuche**
sind wieder vorrätig.
G. Frerichs, Edewecht
Es ist wieder eine Ladung
Grasmäher
angekommen.

Gerhard Sandstede,
Zwischenahn.
Radbacken
und Ersatzteile dazu
billigst bei
J. Bücking.

Globerls, Revolver
Leihwings
und **Munition**
sind eingetroffen.
Richard Müller.

Ammerländisch.
Turnverband.
Am Sonntag den 20.
d. M., nachm. 4.15 Uhr.
findet in Raupensaal
zu Augustfehn eine
Borturnersunde
statt.
Der Verbandsturnwart.
Ihre Verlobung zeigen an:
Selene Weiher
Andreas Tegel
Marple, Lichtenfels-Bayern,
z. St. Scholt,
im Juli 1919.

Der Ammerländer

Nr. 167.

Zweites Blatt.

Sonntag den 20. Juli 1919.

59. Jahrgang.

Deutsche Nationalversammlung.

(59. Sitzung.)

CR. Weimar, 17. Juli.

Zu Beginn der heutigen Sitzung weist Präsident Hebrich nach darauf hin, daß das Verleihen schriftlich abgefaßter Reden mit bestimmten Mitgliedern gestattet sei, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Er verweist sich von der Innehaltung dieser Bestimmungen, die mit Rücksicht auf die vielen Redner bisher nicht streng gehandhabt worden sei, eine Abkürzung der Verhandlungen.

Abstimmungen über die Ehe.

Die Beratung des Verfassungsentwurfs wird dann mit der Abstimmung über die Artikel 118 und 119 fortgesetzt. In Bezug auf die Ehe wird nach dem Antrag der demokratischen Partei beschlossen, die Ehe steht unter dem Schutz der Verfassung, die Mutterchaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. (Die Vorlage sagte über die Mutterchaft nichts.) In Bezug auf die unehelichen Kinder wird der Antrag der Unabhängigen, wonach das uneheliche Kind den Namen des Vaters tragen soll, abgelehnt, dagegen der Antrag der Unabhängigen, daß die Mutter des unehelichen Kindes den Anspruch hat, auch im amtlichen Verleib als Frau bezeichnet zu werden, durch Abstimmung mit 138 gegen 133 Stimmen angenommen.

Der Antrag der Sozialdemokraten, wonach die unehelichen Kinder ein Recht auf den Namen des Vaters haben und den unehelichen Kindern rechtlich gleichstellen sollen, wird in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag derselben, geordnet, wonach das uneheliche Kind das gleiche Recht auf Unterhalt, Erziehung und Erbe an Vater und Mutter wie die ehelichen Kinder hat, wird abgelehnt. Angenommen wird dagegen der Antrag der Demokraten: Den unehelichen Kindern wird durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, geistliche und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern. Gleichfalls auf Antrag der Demokraten wird die Abstimmung über die Förderung der Familie in folgender Fassung angenommen: Die Gefühls- und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Andererlei Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.

Schutz der Jugend.

Artikel 120 bestimmt: Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistliche oder körperliche Verwahrlosung zu schützen. Fürsorgegesetze im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes erlassen werden.

Nach längerer Aussprache, bei der es teilweise sehr lebhaft ausgeht, wird Artikel 120 mit der Abänderung nach dem Antrag Agnes und Gen., daß Staat und Gemeinden, nicht die Länder, die zum Schutz der Jugend erforderlichen Einrichtungen treffen sollen, angenommen.

Es folgt dann die Beratung des § 121, der die Verfassungsfreiheit behandelt. Er wird unverändert angenommen.

Das Beamtenrecht.

Artikel 127 regelt die Anstellung der Beamten, die im allgemeinen auf Lebenszeit erfolgt. Für Ruhegehalt ist gesetzliche Regelung vorbehalten. Die wohlverordneten Rechte der Beamten sind unverletzlich. Artikel 128 bestimmt, daß die Beamten Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei seien, und daß ihnen die Freiheit ihrer politischen Meinung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet wird.

Nach längerer Aussprache des Reichskommissars Dr. Bruch und einer lebhaften Aussprache, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligen, werden die Bestimmungen über das Beamtenrecht angenommen.

Der Antrag der Unabhängigen, die Beamten durch Wahl zu ernennen, wird abgelehnt, ein sozialdemokratischer Antrag, der alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigen will, angenommen.

§ 80 Millionen Kronen beschlagnahmt. Die österreichische Finanzverwaltung hat bei dem Großbankier Baron Rothschild, der, um sich der Vermögensabgabe zu entziehen, die politische Staatsbürgerchaft angenommen hat, den Betrag von 80 Millionen Kronen als Sicherstellung für Steuern mit Beschlag belegen lassen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die deutsche Nationalversammlung wird, wie aus Weimar gemeldet wird, noch mindestens drei Wochen Sitzungen abhalten und neben der Verfassung alle Steuer-Geetze verabschieden. Die Sommerpause soll bis Anfang Oktober ausgesetzt werden; nach der Pause tritt die Nationalversammlung in Berlin zusammen. Die Beratungen mit dem Nationaltheater in Weimar sind bereits gelöst worden.

Schadenersatz und „Strafe“ für den toten Zeugen. Wie verlautet, soll Marschall Koch von der deutschen Regierung die sofortige Zahlung von 100 000 Franc Schadenersatz an die Familie des Verstorbenen verlangt haben. Außerdem habe er eine „Strafe“ von 1 Million Franc verlangt. Es handelt sich um die bekannte Tötung des Zeugen Mannheimer in Berlin.

Politisch andersdenkende Beamte und die Regierung. Der Staatsanwaltschaft hat einer Gesetzesvorlage zugestimmt, die sofort der Nationalversammlung vorgelegt werden soll, wonach diejenigen Beamten, die mit der gegenwärtigen Haltung der Regierung nicht einverstanden sind, auf ihren Antrag sofort ihren Abschied mit Pension erhalten können, wenn sie 20 Jahre im Dienst gestanden haben.

Keine Zwangsarbeiter für Nordfrankreich. Von ausländischer Seite in Weimar wird demontiert, daß zum Wiederaufbau Nordfrankreichs deutsche Arbeiter zwangsweise befristet werden würden. Die Regierung ist vielmehr schon seit Monaten bemüht, freie Arbeiter für den Zweck zu bekommen.

Zu den Lösungsabsichtungen Bismarcks wird amtlich erklärt: Der Reichsregierung ist bekannt, daß sich hinter diesen Lösungsabsichtungen wesentlich andere, auf sich selbst zu verurteilende Bestrebungen verbergen, die auf einen Anschlag an das Leben des Reichspräsidenten und auf die Vernichtung des Reiches abzielen. Das würde ein wenigstens zeitweises Ausweichen aus dem Reich bedeuten und zugleich eine widerrechtliche Verletzung der Grenzen des Saargebietes, wie sie beim Friedensschluß festgelegt worden sind. Die Verbrechen verstoßen gegen die Reichsverfassung und den Friedensvertrag. Die Reichsregierung im Einvernehmen mit der oberösterreichischen Regierung legt darum höchste Verwahrung gegen sie ein. Sie wird jeden zur Rechenschaft zu ziehen wissen, der sich, aus welchen Gründen immer, daran beteiligt oder sie fördert.

Und Eichhorns Reich! Der Anschlag der Breunischen Landesversammlung sollte die Untersuchung gegen den früheren Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn fort. Zunächst wurde mitgeteilt, daß die Unabhängigen aus dem Anschlag ausgetreten sind. Polizeirat Wroth gab an, daß aus dem Dispositionsfonds für die politische Polizei, trotzdem diese aufgehoben war, von Eichhorn wiederholt Beträge entnommen worden sind, darunter einmal 2000 Mark, die an seine Frau gezahlt werden mußten. Trotz Aufhebung der politischen Polizei hat Eichhorn auch für diesen Fonds vom Wintermonat mehrere 25 000 Mark entnommen, aber nicht erhalten. Kassensinspektor Kriebel behauptet, daß die Kassensinspektion unter Eichhorn überaus unordentlich war. An die von Eichhorn einstweilig angestellten Beamten und Beamten sind 267 000 Mark eine genügende Belege ausgezahlt worden. Auch die Versicherung der Sicherheitsmannschaften läßt sich nicht nachprüfen. Es fehlen auch hier Belege über gewalttätige Entnahmen. Vom Polizeipräsidenten beschlagnahmen etwa 100 000 Mark und 170 geräucherte Schweinschinken sind spurlos verschwunden. Von einer aus Rumänien

eingetroffenen Geldsendung sind auf dem Schleifstein Bahnhof durch Eisenbahnsicherheitsmannschaften 5 bis 6 Millionen Mark geraubt worden.

Italien.

Beschleunigte Ratifizierung des Friedens. In italienischen diplomatischen Kreisen ist man jetzt von der Notwendigkeit der schnellen Ratifizierung des Friedens überzeugt. Besonders sprechen dafür die vollkommen verworrenen wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens. Aber die Entschädigung wird erklärt, daß an Frankreich 60 %, an Italien 12 % und der Rest an die anderen Beteiligten verteilt wird, mit Ausnahme von Amerika, das seinen Anteil bereits durch die deutschen Handelschiffe in amerikanischen Häfen und anderes deutsches Eigentum in Amerika, im Werte von zusammen sieben Milliarden, gedeckt habe.

Großbritannien.

Einreiseverbot für Deutsche. Die Kommission zur Prüfung des Geleitzurwes betreffend Ausländer fügte eine Bestimmung ein, durch die den Angehörigen früherer feindlicher Staaten die Landung und der Aufenthalt in England während zweier Jahre nach Annahme des Geleitzes verboten wird, außer mit Erlaubnis des Staatssekretärs des Innern, die allein aus besonderen Gründen erteilt wird.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie verlautet, steht die Vorlage über die nächste Volkszählung, die der Staatenausschuß poliert hat, eine allgemeine Volkszählung am Mittwoch, den 10. September d. J., vor.

Berlin. Seit dem 18. Juli ist der allgemeine Fernsprecherkehr mit Dänemark in demselben Umfang und zu denselben Gebühren wie vor dem Kriege wieder aufgenommen worden.

Bern. Der Maschinenfabrikstreik in der Schweiz ist durch ein Kompromiß beendet.

London. Fortier teilt mit, daß die Zensur für Kabeltelegramme am 23. Juli um Mitternacht aufgehoben wird.

Rom. Die italienische Gefandtschaft in Brüssel ist zur Volkshaft erhoben worden.

Wilson über den Raub unserer Kolonien.

Der schändliche Friedensapostel.

Washington, 16. Juli.

In seiner Rede über den Friedensvertrag stellte Wilson die ungeheure Verheerung auf, Deutschland habe seine Kolonien abtreten müssen, da es sie nicht verwalten, sondern ausgebeutet habe, ohne den Rechten der Eingeborenen Rechnung zu tragen. Diese hätten bisher in der Finsternis gelebt und ihnen müsse geholfen werden.

Von der gleichen Deutlichkeit getragen sind Wilsons weitere Behauptungen, in Mitteleuropa habe man eine neue Ordnung geschaffen, die sich auf die freie Wahl der Völker, statt auf die Willkür der Hohenzollern und Kaiserburger gründe. Daß man bei der Bildung dieser neuen Staaten, wie der Vierzehn-Punkte-Mann ferner sagt, „keine natürlichen Grenzen“ gelinde habe, verlegt ihm gar nichts. Deshalb hat man einfach unnatürlich gemacht.

Zollzahlung in Gold. Ein neuer Geleitzurwurf bestimmt: Die in die Reichskassen fließenden Rölle sind in Gold zu zahlen. Durch die Reichsregierung wird bestimmt, nach welchem Umtauschverhältnis die zur Zollzahlung ausgelassenen fremdländischen Goldmünzen in Zahlung zu nehmen sind und unter welchen Bedingungen die Zahlung in anderen Zahlungsmitteln als Goldmünzen geleistet werden kann.

Zwischen Haß und Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

45)

Dr. Mathias trat auf May zu.

Sie müssen mir das Zeugnis geben, Frauheim, daß es Ihnen in meinem Hause an nichts gefehlt hat! Und gewiß hätte ich nie ausgeben, daß Sie gegen Ihren Willen

„Geben Sie sich keine Mühe“, unterbrach ihn May mit einem Blick tiefer Verachtung, „ich war nur einige Tage hier, aber Sie genügen, um mir zu beweisen, daß Sie für Geld... alles ausgeben würden.“

Wagner schob den erloschenen Zigarettenstängel einfach beiseite, um ihr den Weg zur Freizimmer zu öffnen.

„Denken Sie lieber an unsere Abmachungen, Doktor Mathias! Ich wäre unendlich bei der kleinsten Verleumdung!“

„Sie wollte May folgen. Aber Robb hielt ihn durch ein leises Rufen am Armel noch einen Augenblick zurück. „Das Verleumdung!“ flüsterte er aufgeregt; „haben Sie die Adresse?“

„Unmöglich. Er kommt täglich gegen Mitternacht selbst an die Gartenpforte. Im Abend bin ich sicher wieder hier. Auf Wiedersehen, indessen!“

23. Kapitel.

Man möchte sich nur zwei Dinge von Ihnen wissen, Fräulein Mathias“, sagte Abel Meiner, als sie in seinem Trab der Stadt zufuhren. „Erstens, was bewog Sie, sich abends in die Döner Ihres Vornamens zu begeben, nachdem Sie feierlich in Budapest froh waren, ihn losgeworden zu sein?“

„Sie wissen dies“, May blickte verwundert auf. „Wer kann Ihnen...“

„Denn von Buchholz teilte es mir mit!“

Sie erzählte, als sie diesen Namen hörte. Dann sagte sie hastig: „Und zweitens?“

„Zweitens: Wie Sie zur Erkenntnis kamen, daß

Francis Kingston der Mörder Ihres Bräutigams ist und nicht... Der Buchholz!“

Sie erzählte noch tiefer und schlug verwirrt die Augen nieder.

„Und das wissen Sie...?“ murmelte sie beschämt.

„Ja. Aber Sie brauchen deshalb nicht in Verlegenheit zu geraten. Auch ich hielt Walter von Buchholz eine Zeitlang für den Schuldigen, denn es gab einige recht schlimme Indizien gegen ihn.“

May warf den Kopf zurück und atmete tief auf.

„Sie haben recht! Es war eine furchtbare Zeit, und ich selbst habe wohl am meisten gelitten dabei. Nun aber ist sie gottlos vorüber und ich will Ihre Fragen beantworten, so gut ich kann.“

Sie dachte einen Augenblick nach und fuhr dann fort: „Ja, ich glaubte an Buchholz' Schuld! Und doch zweifelte ich zugleich daran! Und weil ich zweifelte, daß ich ihn nicht eher wiedersehen konnte, als bis ich in mir selbst zu einer klaren Überzeugung gekommen wäre, er aber auf einer Unternehmung bestand, so entschloß ich mich zur Abreise.“

„Die eine - Nacht war!“

„Die eine Nacht war vor ihm, vor mir selbst...“

„Ja“, gab May Mathias zu verstehen. „Ich wollte weit fort. Zuerst wohin nach England in ein stilles Nest, wo mich niemand kannte. Da ich aber nur den blinden Drang hatte, fortzukommen und nicht genau wußte, wann der Zug abging, kam ich viel zu früh am Nordbahnhof an. Der Schalter war noch nicht einmal offen, ich wollte also einmal in den Wartesaal gehen, als ich plötzlich hinter mir meinen Namen rufen hörte und mich erschrocken umwandte.“

Sie hielt inne und blickte Meiner zweifelnd an.

„Glauben Sie an Abkommen, Herr Meiner?“

„Nein! Wenigstens nicht im gewöhnlichen Sinne.“

„Und doch muß es etwas Verärgertes geben! Der Mann, der mich angesprochen hatte, war - Francis Kingston, mein Vornam, den ich kannte: er war ein entfernter Verwandter, an den ich mich in einer letzten Zeit kaum zu denken wagte! Und...“

erwartete Begegnung durchaus nichts Schreckliches an sich hatte, befahl mich bei seinem Anblick doch ein seltsames Gefühl: eine dumpfe, atemlose Angst, ein jäher Schreck, der mein Herz plötzlich wie rasend schlagen machte. Stumm starrte ich ihn an, als sei er ein Gespenst. Er lachte über mein Stutzen und sprach sehr viel. Daß er soeben mit einem Zug angekommen sei. Fast direkt von Amerika, wo er noch vor acht Tagen gewohnt. Daß er Geschäfte in Wien habe, die ihn ein bis zwei Tage hier zurückhalten würden. Und welche merkwürdiger Zufall es sei, daß wir einander jetzt hier so unerwartet getroffen hätten, er im Begriff, Wien zu betreten, ich im Begriff, es zu verlassen...“

Er sprach dies alles, während seine grauen Augen mit den winzigen, an einem Ränzchen zusammengezogenen Pupillen durchdringend auf mich ruhten.

Das seltsame, atemberaubende Gefühl, das mich bei seinem Anblick überfallen hatte, war gewichen. Aber ein Vordringen klarer Empfindungen war geblieben.

Er fragte, wohin ich wollte? Dann behandelte er darauf mit bis zum Abgang meines Zuges Gesellschaft so leiten. Wir gingen in die Restauration. Und dort meinte er eine Viertelstunde später zurück, es wäre zu traurig, wenn ich in meiner jetzigen Stimmung allein in die Welt hinausziehen sollte. Er sagte es mir mit einer Art, die mich beglückte.

„Über meine Geschäfte?“ warf ich verwundert ein. „Ach, die haben Zeit. Ich kann später zurückkehren!“

Ich schwieg. Es war mir nicht angenehm, daß er mich begleiten wollte. Und während er immerzu sprach, dachte ich über das seltsame dieser Begegnung nach und wunderte mich, daß ich nicht wie sonst nach Anblick eines Zuges viele Menschen in den Bahnhofsräumlichkeiten gesehen. Die Halle war fast leer gewesen, er betrat die einzige Wirtin, dem ich außer Bedienung bedürftig war. Ich wunderte mich, daß er so sehr wohl bei sich geblieben.

(Fortsetzung folgt)

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis für Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Vorhause von der Post 3,00 Mark. Alle Postanstalten und Handelsreisende nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühren für die einseitige Anzeigenszeit (ohne deren Namen) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 20 Hg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Hg. Nachkommen kosten 1 Mk. die Zeile. Anzeigen-Ausnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unersandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, wenn Anzeigen-Beziehern durch gerichtliche Entscheidung eingezogen werden müssen. — Verantwortlichkeit der Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 168.

Westersee, Dienstag den 22. Juli 1919

59. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung.

(61. Sitzung.)

CS. Wetmar, 19. Juli.

Nachdem das zwischen Zentrum und Arbeitssozialisten vereinbarte Schulkompromiß nun auch die Zustimmung des Plenums gefunden hat, dürfte das Tempo etwas schneller werden und die ganze Verfassungsberatung wohl bis Dienstagabend beendet sein. Im übrigen wurde das Schulkompromiß mit knapper Mehrheit gegen die Stimmen der beiden Rechten, der Demokraten und der Unabhängigen angenommen. Dem Kompromiß wurde noch die Bestimmung hinzugefügt, daß neben der Staatsbürgerkunde und dem Arbeitsunterricht auch die Volkswirtschaftslehre Lehrgegenstand in den Schulen sein soll.

Die heutige Sitzung begann mit der Beratung eines Gesetzes über die

Zahlung der Rente in Gold.

Das Gesetz verlangt wegen des sinkenden Wertes des Papiergeldes die Begleichung der Rente in vollwertigen Zahlungsmitteln, um der Entwertung der Reichsmarkwährung zu begegnen.

Während die Abg. Dr. Meier (Deutsche Vp.) und Wolfenbüttel (Soz.) dem Gesetzentwurf zustimmen, lehnt ihn der Abg. Durm (L. Soz.) im Namen seiner Partei ab, da die Annahme des Gesetzes eine dreifache Erhöhung der Rente bedeuten würde. Die Befürworter lehnen die Befürworter nicht, sondern verweigern.

Reichsfinanzminister Erzberger erwidert, daß der Abg. Durm das Wesen der Vorlage nicht verstanden. Die Nachzahlung nach Gold werde durch das Gesetz in seinem besonderen Grunde gefördert, da die Zahlung in auch mit einem entprechenden Wert von Papiergeld erfolgen könne. Dadurch werde sich die Nachzahlung nach unten im Auslande herum schwingen können und vermuthlich die Rente etwas besser.

Das Gesetz wird dann ohne weitere Ausprache in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Gleichfalls ohne besondere Erörterung wird in allen drei Lesungen der Gesetzentwurf über den

Abbau von Raststätten

angenommen und zwar mit einem Kompromißantrag Sachs (Soz.), Gerold (Zentr.) u. a., wonach der Staatenbund der Eisenbahnen sein soll, die Zahl der Raststätten der Reichsbahn, sowie die Verteilung der Raststätten auf die einzelnen Gruppen abzuändern.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend

Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten.

Die das 65. Lebensjahr vollendet haben, in Verbindung mit der ersten Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatsdienstes.

Reichsfinanzminister Erzberger bittet die Versammlung, die Gesetzmöglichkeit so rasch wie möglich zu verabschieden. Der erste Gesetzentwurf verleihe den Beamten eine Verjüngung unserer Beamtenstellung herbeizuführen. Was den zweiten Entwurf angeht, so wolle die Regierung seinen Beamten zwingen, der neuen Deutschen Republik zu dienen, wenn er es nicht inneren Auffassung und mit den Traditionen seiner Familie nicht vereinbaren zu können glaube. Deshalb solle er den Beamten erlaubt werden, in den Ruhestand zu treten; selbstverständlich beziehe sich das nur auf politische Beamte.

Beide Gesetzentwürfe werden darauf an den Sachhaltungsausschuß überwiesen.

Danach folgt die erste Lesung der beiden Vorlagen

Einführung in aktive Offiziere und Kapitulanten.

deren die Annahme der preussischen Kriegsminister Reichardt demnach empfahl. Er schloß: Nachdem wir von Deutschen und Wäldern aus fünf Beistellen übermäßig worden sind, suchen wir noch nicht am Ende deutschen Wäldes und deutscher Zerstörung. (Beifall.)

Von den Reichsbeamten und den kaiserlichen Parteien wurde die Dringlichkeit der Vorlage anerkannt. Der Unabhängige Seger-Weipzig rief dagegen mit seiner Rede ungeheure Lärmstürmen hervor. Er sprach von dem Wäldemord während des Krieges und meinte, die zukünftige Aufgabe der Truppen müsse darin bestehen, daß sie weiter gegen das eigene Volk verwendet werden.

Rente gegen die Unabhängigen.

Reichswehrminister Meißner erwiderte: Es handelt sich bei dieser Vorlage um möglicherweise Rechte, die zu verletzen und abzuschaffen sind. Die Dienste der Truppen in den letzten Monaten bestanden darin, daß sie Deutschland vor dem Chaos gerettet haben. (Großer Beifall im Hause. Lärm bei den L. Soz.) Seger und seine näheren Freunde in Leipzig kennen ja die dortige niederrichtliche Schandwirtschaft, die sie getrieben haben, genau. Diese Worte riefen minutenlang Lärm bei den Unabhängigen hervor. Präsident Heßlerbach, der sich nur mühsam Gehör verschaffen konnte, erklärte: Der Reichswehrminister, es geht nicht an, daß Sie gegen ein Mitglied des Hauses einen Ausdruck wie: Niederrichtliche Schandwirtschaft gebrauchen.

Rente fortsetzend: Die beiden Unabhängigen, die an den Leipziger Vorgängen beteiligt waren, sehen jetzt im Ergebnis, wenn sie nicht durch ihre Immunität geschützt werden wären. Mit den schärfsten Worten, wie: gemeinlich schändlich verbrecherisch polemisiert er dann weiter und beschwert man würde gegen die Schuldigen mit aller Strenge vorgehen.

Der Unabhängige Seger will auf diese Tonart gar nicht eingehen. Wenn in Leipzig nicht die Wäldetruppen eingesetzt wären, wäre Leipzig die einzige Stadt in Deutschland, wo nicht gestohlen worden wäre. (Stürmischer Gelächter im ganzen Hause.)

Reichsminister Reichardt erklärte unter lebhaftem Beifall des Hauses: Der Soldat auf dem Schlachtfeld ist von Wäldemord ebenso weit entfernt wie sozialistische Zerstörung von wahrer Freiheit.

Darauf wurden die beiden Vorlagen dem Haushaltsausschuß überwiesen. Es folgt die Beratung des Reichsbediensteten-Gesetzes, das in zweiter Beratung mit Beistimmen der Kommission angenommen wird. Angenommen wird ferner der Entwurf einer Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung.

Darauf verlegt sich das Haus auf Montag.

Der Papst an die deutschen Bischöfe.

Möglichst schnelle Beilegung der Kriegsschäden.

Sala, 19. Juli.

Der Papst hat an die deutschen Bischöfe einen Brief geschrieben, in dem es u. a. heißt: Nach Beendigung des langen freigen Kampfes und nach Unterzeichnung des Friedens hat endlich auch die Völkerei aufgehört, die auch unter den Nichtkämpfern so viel Opfer gefordert hat. Nur Geborgen muß sein, möglichst schnell die Kriegsschäden zu heilen. Damit in Deutschland nicht bolschewistische Umtriebe eintreten, müßt Ihr alle Anstrengungen machen, daß dem Volke die Lebensmittel nicht fehlen. Deshalb laßt durch die Väter das Landvolk ermahnen, daß es alle erforderlichen Lebensmittel dem verhungerten Soldaten abgibt. Außerdem hoffen wir, daß auch die Kriegsfürsorge anderer katholischer Nationen dem deutschen Volke helfen, von dem wir wissen, daß es in äußerster Not ist. Allen müßt Ihr das Wort des Apostels Johannes im Gedächtnis zurückrufen: Meine Söhne! Wir wollen nicht mit den Worten und mit der Zunge leeren, sondern mit den Taten und in Wirklichkeit. Ferner sollt Ihr alle eure Autorität aufbieten, um die geistlichen Kriegsfürsorge zu heilen und jedes Sabotage gegen eure bisherigen Feinde wie gegen eure Mitbürger von anderen Parteien zu verhindern.

Du mein Österreich!

Der zweite Schandfrieden der Entente.

Nach Deutschland kommt jetzt der kümmerliche Rest der ehemaligen Donaumonarchie an die Reihe. Eines nach dem anderen werden die Glieder des mitteleuropäischen Staatenbundes in den Kranz der Entente gebettet, nicht etwa um von deren bewährten Weisheitsmännern langsam gelehrt, sondern um mit eiserner Hand gründlich zu Tode kurat zu werden. Auch unsern Stammesbrüden in Österreich hat es nichts genutzt, daß sie sich auf das Wüten und Betteln, auf das Belernen und Beschwören legten. Der Rat der Vier ist deswegen auch nicht um Haarsbreite von seinen Vernichtungsplänen abgewichen. Und wenn den Deutsch-Österreichern trotzdem noch irgendein Schimmer von Lebenshoffnung verbleiben sollte, so werden sie ihn nur außerhalb des Rahmens dieses sogenannten Friedensvertrages von St. Germain finden können, der so ziemlich in allen Stücken ein würdevolles Ebenbild des sogenannten Friedensvertrages von Versailles geworden ist.

Auch der deutsch-österreichische Staat wird unter Vormundschaft gestellt, unter dauernder Vormundschaft. Wie in Deutschland wird auch an der Donau eine hohe Ententeformission alles und jedes unter ihre Aufsicht nehmen, die Finanzverwaltung, die Volkswirtschaft, das Steuerwesen, und kein Sperling wird vom Dach fallen dürfen, ohne daß sie vorher ihre Zustimmung dazu erteilt. Der Schandfrieden, den sie fordert, soll auch erst später noch genauer bestimmt werden, nur das ist jetzt schon festgelegt, daß er binnen dreißig Jahren zu laufen ist. Die Zahlungsfähigkeit des Landes, seine Stillschließen werden unter Kontrolle genommen. Handelskrisse und Fischerflotte sind binnen drei Monaten reiflos aufzulösen, einschließlich derjenigen Fahrzeuge, die tendend auf der Welt für Österreich im Bau begriffen sind. Auch mit Raketen in natura wird Österreich nicht versorgt; 4000 Wäldfische, 1000 Ochsen, 1000 Kühe, 60 Stiere sollen an Italien geliefert werden, womit natürlich nicht gesagt ist, daß etwa Nummern und Gebirge in dieser Beziehung leer ausgehen sollen. Kurz, was noch in Österreich zu holen ist, wird unter den Nachbarn aufgeteilt. Und wenn darüber das deutsche Staatland zugrunde geht, so kann das Herrn Clemenceau und seinen schändlich-berühmten Schützlingen auch nur recht sein.

Wer kann sich heute nach allem, was geschrieben ist, noch über die Sorte von Friedensverträgen weiter aufregen. Sie scheinen dazu geschaffen zu sein, das Verfallungsstadium des Krieges bis zum letzten Gebände, das auf dem europäischen Kontinent noch stehen geblieben ist, fortzusetzen. Herrn Clemenceaus Wille wird gegeben — bis eine höhere Gewalt ihn den Donnerkeil des Weltzerstörers aus der Hand nimmt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das neue Reichspensionsgesetz. Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Erhöhung der Pension von Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, zur Verabschiedung vorgelegt worden. Danach werden die Pensionen der Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder bis zum 31. März 1920 vollenden und bis dahin Verletzung in den Ruhestand nachziehen, um 10 % erhöht. Ferner ist der Nationalversammlung vorgelegt: der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Pensionierung von Reichsbeamten

infolge der Umgestaltung des Staatsdienstes. Danach können Reichsbeamte, die mit der Nachrechnung politischer Angelegenheiten betraut sind und bis zum 31. März 1920 infolge der Umgestaltung des Staatsdienstes ihre Pensionierung nachziehen, in den Ruhestand versetzt werden, ohne daß eingetretene Dienstunfähigkeit oder die Vollendung des 65. Lebensjahres Vorbedingung des Anspruchs auf Pension ist.

Kirche und Schule in Braunschweig. In der braunschweigischen Landesversammlung wurde in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 13 Stimmen die völlige Trennung von Kirche und Schule beschlossen. Ein Antrag auf Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen des Freistaates Braunschweig wurde mit den Stimmen der sozialistischen Parteien gleichfalls angenommen.

Hindenburg und Bethmann überleben abgelehnt. Die Berliner Kommission für Verantwortungsfeststellung hat dem Obersten Rat der Alliierten über die Briefe Bethmann Hollwegs und des Feldmarschalls Hindenburg, die die Verantwortung für die Handlungen Kaiser Wilhelms übernehmen haben, berichtet. Wie der „Daily Mail“ wissen wir, hat die Kommission beschlossen, das Verlangen der beiden Männer, für den Kaiser einzutreten, abzulehnen.

Zur Heimkehrförderung der Kriegsfangenen. Gegenwärtig sind Verhandlungen über die Rückführung eines Teiles der noch in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsfangenen durch die Schweiz im Gange. Die deutschen Vertreter an den Verhandlungen schätzen die Zahl der zurzeit noch in französischen Lagern befindlichen deutschen Gefangenen auf 450.000 Mann. Für die Heimkehrförderung durch die Schweiz stellt es zuerst noch an genannten Zahlen fest. Die deutschen Vertreter sprachen von 100.000 bis 200.000 Mann, deren Transport etwa zwei Monate in Anspruch nehmen würde. Man rechnet mit zwei bis vier bis 800 Mann. Man glaubt, daß die Transporte in vier bis fünf Wochen beginnen können.

Eine neue Provinz Westpreußen. An maßgebender Regierungstelle besteht die Absicht, eine neue Provinz unter dem alten Namen „Westpreußen“ errichten zu lassen. Zu deren Bildung sollen außer den deutsch bleibenden Preußen Deutsch-Krone, Pommern und Schlawen auch Teile von Pommern sowie die deutsch bleibenden Gebiete der Provinz Polen genommen werden. Dadurch würde eine größere Anzahl der durch die Gebietsabtretungen frei werdenden Beamtenkräfte Verwendung finden.

Nach und nach Rheinlandsabkommen. Auf eine in Düsseldorf den Alliierten übermittelte deutsche Note wegen Einführung allgemeiner Verkehrserleichterungen hat Marshall noch mitteln lassen, daß bis auf weiteres das Rheine- und Gepäckerverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland den gegenwärtigen Bestimmungen unterworfen bleiben muß. Eine Neuordnung der Verkehrsbestimmungen wurde vermuthlich stattfinden, sobald die im Friedensvertrag vorgesehene internationalisierte Rheinlandschiffahrt in Tätigkeit getreten ist.

Die Sozialisierung der Elektrizität. Der Nationalversammlung wird noch in der nächsten Woche der Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vorgelegt. Das Reich will hier die Führung übernehmen, um bei der völlig unzureichenden Kohlenbedeckung nach Möglichkeit die Ausnutzung der heimischen Energiequellen sicherzustellen. Das Reich will nun den Bau von elektrischen Hochspannungselektronen sofort in Angriff nehmen, um dadurch, soweit es technisch und wirtschaftlich möglich ist, einen Ausgleich zwischen den Energiequellen zu schaffen, die teils auf die Wasserkraft teils auf die Kohle aufgebaut sind. Um gleichzeitig auch bei der Energieerzeugung dem Reich die maßgebende Führerschaft zu sichern, soll die private kapitalistische Beteiligung bei den großen Elektrizitätswerken in Reichseigentum überführt werden. Endlich will das Reich selbst mit aller Energie an den Ausbau der deutschen Wasserkraft herangehen, um den Mangel an deutschen Kohlen nach Möglichkeit zu ersetzen.

Ruhegehalt für die kaiserlichen Minister. Die kaiserliche Nationalversammlung nahm ein Gesetz über das Ruhegehalt der Minister an, wonach die Minister nach sechsmonatiger Amtstätigkeit ein Ruhegehalt von mindestens 50 % des Gehalts beziehen.

Errichtung eines Saarbistums. Es verläutet von belinformaten Teile, daß im neuen Saarlande die Bildung eines Bistums mit Sitz in Saarbrücken als Wunsch von Erzbischof von Trier besteht. Es ist jedoch, das neue Oberhirten ist Carolus bestimmt. Es wird demnach aus Teilen der Bistümer Trier und Speyer ein neues Bistum geschaffen, das den Namen „Saar-Bistum“ tragen wird.

Amerikas Handelsvertretung in Deutschland. Wilson hat Bekehr gegeben, daß die konsular der Schweiz und Hollands dazu ermächtigt werden, Amerika zur Wiederannahme des Handels mit Deutschland in lange zu vertreten, bis der Senat den Frieden ratifiziert haben wird.

Belgien.

Aus deutschen Gefangenen. Der bekannte belgische Sozialistenführer und Minister van der Velde hat auf eine Anfrage des Brüsseler „Soir“, was mit dem Eigentum

